

4-PHASEN-PLAN FÜR DIE ABWÄSSER AUS DER KALI-INDUSTRIE

Kurzinformation von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag

Seit mehr als 100 Jahren belasten die festen und flüssigen Abfälle aus der Kali-Industrie den Naturraum Werra und Weser in Nord-Ost-Hessen. Die festen Rückstände werden in riesigen Abraumhalden aufgetürmt und die laugenhaltigen Abwässer in den Untergrund verpresst oder in die Werra eingeleitet. Auch wenn in etwa 50 Jahren die Lagerstätten ausgebeutet sind und die Kaliproduktion eingestellt wird, werden bei Regen weiterhin für etwa 800 bis 1000 Jahre die Salze in erheblichem Umfang aus den Abraumhalden ausgewaschen und müssen entsorgt werden.

Derzeit müssen etwa 10 Mio. m³ laugenhaltige Abwässer entsorgt werden, von denen bis zu 4,5 Mio. m³ in den Untergrund verpresst werden. Die derzeit gültige Versenkerlaubnis endet im November 2015. Für die Einleitung in die Werra sind Grenzwerte festgelegt, die nach den bestehenden Genehmigungen schrittweise abzusenken sind.

2007 wurde auf grüne Initiative hin mit einem gemeinsamem Beschluss aller damals im Landtag vertretenen Parteien ein Runder Tisch eingesetzt, der nach Möglichkeiten suchen sollte, die laugenhaltigen Abwässer aus der Kali-Industrie umweltverträglich zu entsorgen. Wir Grüne haben uns in allen Anrainerländern (Thüringen, Hessen, Niedersachsen, NRW und Bremen) den 2010 herausgegebenen Empfehlungen des Runden Tisches angeschlossen und uns für eine Nordseepipeline stark gemacht, die die nicht vermeidbaren Abwässer aus der Kali-Industrie an einen umweltverträglichen Punkt in die Nordsee einleiten sollte. Leider haben sich die verschiedenen Landesregierungen in Niedersachsen gegen diese Lösung entschieden. In Hessen hat es die schwarz-gelbe Regierung versäumt, wirksam an der Umsetzung der Empfehlung zu arbeiten. Gewinner dieses parteipolitischen Hick-Hacks war und ist das Unternehmen K+S, das bisher auf Zeit gespielt und nur die nötigsten Schritte zur Reduzierung der laugenhaltigen Abwässer vorgenommen hat.

Die Zeit des Taktieren und Abwartens ist vorbei.

Im Jahr 2014 müssen wichtige Weichenstellungen getroffen werden.

Für die Umsetzung der WRLL ist im Jahr 2014 der Bewirtschaftungsplan für die Flussgebietsgemeinschaft Werra/Weser aufzustellen. Der verlangt eine Aussage über den langfristigen Umgang mit der Laugeneinleitung. Seit ihrem Amtsantritt hat sich unsere Umweltministerin Priska Hinz mit großem Engagement der Lösung des Abwasserproblems gewidmet. Sie hat daher eine Öko-Effizienz-Studie in Auftrag gegeben, um die Empfehlungen des Runden Tisches auf Umsetzbarkeit zu prüfen.

Die Studie hat ergeben, dass die Nordseepipeline zwar unter Ökologischen Gesichtspunkten die beste Lösung ist, sie aber unter Öko-Effizienz-Gesichtspunkten nicht umsetzbar ist - und darüber hinaus auch nicht dazu führen würde, dass die betroffenen Flüsse kurzfristig Wasser in Süßwasserqualität führen würden.

Das heißt: Selbst wenn sofort alle Laugeneinleitungen (z.B. durch Produktionseinstellung) in die Werra beendet würden, wäre der gute ökologische Zustand nach den Vorgaben der WRLL (300 mg/l Chlorid) in der Werra auf lange Zeit nicht erreichbar. Ursache dafür sind u. a. diffuse Salzeinträge aus den Laugenversenkungen der Vorjahre und den nicht gefassten Anteilen der Haldenabwässer. Hinzu kommt, dass die Haldenabwässer, die am Ende des Bergbaus etwa 4 Mio. m³ betragen werden, für die nächsten 800 bis 1000 Jahre entsorgt werden müssten. Dazu müssten die Nordseepipeline nach heutigem Kenntnisstand etwa 10 Mal erneuert werden. Das würde die Gesamtkosten (Ewigkeitslasten) auf etwa 2,4 Mrd. € hochtreiben.

Diese unbequeme Wahrheit stellt uns vor neue Herausforderungen. Als Grüne müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass sich unser lange vertretenes Lösungsmodell nicht realisieren lässt. Und unsere Umweltministerin muss in einem schwierigen politischen Umfeld nach Lösungen suchen, die Vorgängerregierungen lange vor sich her geschoben haben.

Priska Hinz stand vor der Aufgabe, in Verhandlungen mit dem Unternehmen nach umsetzbaren und tragfähigen Lösungen suchen, die mittelfristig und in einem klar definierten Zeitraum zu einer ökologischen Verbesserung

führen. Dies ist ihr mit dem 4-Phasen-Plan gelungen. Dieser Plan betrachtet nicht nur die Produktionsphase, sondern nimmt auch die Haldenabwässer in den Blick und sorgt damit für eine dauerhafte Lösung. Dieser Plan orientiert sich an dem für uns Grüne wichtigen Ausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie. Dabei war es uns wichtig festzuhalten, dass das Unternehmen in der Pflicht ist, für die von ihm verursachten Umweltlasten aufzukommen und sie nicht auf Dauer auf nachfolgende Generationen zu verschieben

Die Punkte im Einzelnen:

- **Vermeidung**

Das Unternehmen verpflichtet sich, weiter in die Vermeidung von Produktionsabwässern zu investieren. Durch eine neue Anlage werden bis 2017 weitere 1,5 Mio. m³ Abwässer eingespart.

Das Unternehmen verpflichtet sich, neue Methoden der Haldenabdeckung zu erproben und die Halden zu großen Teilen abzudecken, so dass die Haldenabwässer am Ende des Produktionsprozesses auf 1,5 Mio. m³ minimiert werden.

Bisher wurde die Haldenabdeckung durch K+S als problematisch eingestuft. An diesem Punkt gibt es jetzt Bewegung und das Unternehmen ist in der Pflicht, ab 2032 durch Haldenabdeckung oder vergleichbare Maßnahmen für die Verringerung des Haldenabwassers zu sorgen.

Voraussichtlich 2032 wird die Lagerstätte in Unterbreizbach/Thüringen erschöpft sein. Auch das wird zur Reduzierung der Produktionsabwässer um eine Million Kubikmeter beitragen, bis dann vermutlich ab dem Jahr 2060 der Kalibergbau im Werk Werra vollständig eingestellt wird und nur noch Haldenabwässer anfallen.

- **Absenkung der Grenzwerte für die Einleitung in die Werra bis zum Erreichen von Süßwasserqualität**

In 3 Stufen (2021 auf 1 700 mg/l Chlorid, 2031 auf 1000 mg/l Chlorid und ab 2060 auf 800 mg/l) werden die Grenzwerte am Pegel Gerstungen abgesenkt, so dass am Ende Süßwasserqualität in der Werra erreicht wird. Dieser Wert orientiert sich an der Definition des Runden Tisches für die Stufe III als Wertebereich für die Salzbelastung in Werra und Weser. Wir Grüne hätten uns gewünscht, den Wertebereich II für naturnahe Lebensgemeinschaften (=guter ökologischer Zustand) zu erreichen. Dieser ist jedoch wie bereits dargestellt, nicht erreichbar, selbst wenn alle Einleitungen umgehend eingestellt werden.

- **Befristete Versenkerlaubnis bis 2021 mit deutlich reduzierten Mengen**

Dieser Punkt ist für uns Grüne schwer zu tragen, denn eigentlich wollten wir im Interesse des Grundwasserschutzes die Versenkung 2015 endgültig beenden. Leider stehen durch die Versäumnisse in den Vorjahren im Jahre 2015 keine anderen Möglichkeiten zur Verfügung, die Salzabwässer ohne größere Produktionseinschränkungen zu entsorgen. Im Interesse der Arbeitsplätze haben wir uns daher mit unserem Koalitionspartner darauf verständigt, letztmalig eine befristete Versenkung deutlich geringerer Mengen bis zum Jahr 2021 vorzusehen. Da uns sehr bewusst ist, dass der Trinkwasserschutz ein hohes Gut ist, sind mit dem Unternehmen hohe Hürden für die weitere Versenkung vereinbart worden. K+S muss jedoch vor einer neuen Versenkerlaubnis die Unbedenklichkeit der Versenkung unter anderem durch ein 3 D-Modell nachweisen. Eine vorherige Genehmigung der Versenkerlaubnis ist ausgeschlossen. Außerdem wird es strenge Auflagen und Kontrollen geben, die über den bisherigen Umgang mit dem Unternehmen hinausgehen.

- **Befristete Einleitung in die Oberweser**

Um die Versenkung dauerhaft zu beenden und Produktionseinschränkungen zu vermeiden soll es für eine Übergangszeit ab dem Jahr 2021 eine Rohrleitung an die Oberweser geben. Diese Pipeline kann deutlich geringer ausgelegt werden als in den bisherigen Plänen. Damit verringern sich die Größe der benötigten Stapelbecken um 2/3. Die Einleitung in die Oberweser erlaubt die Absenkung der Grenzwerte in der Werra auf die nächste Stufe. Das Unternehmen ist in der Pflicht, für die Genehmigung und Umsetzung der Maßnahme zu sorgen.

Die 4 Phasen im Überblick

1. **2015 bis 2021:** Bau der neuen Abwasserverwertungsanlage
2. **2021 bis 2032:** Ende der Versenkung, Inbetriebnahme der Oberweser-Leitung, Grenzwertabsenkung in der Werra
3. **2032 bis 2060:** Einstellung Unterbreizbach, Haldenabdeckung beginnt, Grenzwertabsenkung in der Werra
4. **2060 bis 2075:** Einstellung Kaliproduktion, Abschluss Haldenabdeckung, Grenzwertabsenkung in der Werra (Süßwasserqualität wird erreicht)

Wir Grüne wollten immer, dass das Unternehmen für seine Probleme selbst einsteht. Dazu gehört, dass es weiter wirtschaften kann, die Arbeitsplätze erhalten werden und die nötigen Gewinne erwirtschaftet werden um die Entsorgungskosten zu tragen. Wir hatten uns eine schnellere und weniger die Umwelt belastende Lösung vorgestellt. Besonders die Fortsetzung der Versenkung sehen wir weiterhin sehr kritisch. Wir erwarten daher im weiteren Verfahren, dass das Unternehmen sich an die gestellten Auflagen und Bedingungen hält und unterstützen unsere Umweltministerin dabei, Auflagen und Vorgaben streng zu kontrollieren und umzusetzen.

Angriffe von anderen

Die anderen Parteien kritisieren uns heftig, leider auch teilweise GRÜNE aus Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Die erste Frage, die man immer zurückstellen sollte, ist die Frage nach einem besseren Konzept, welches die Umwelt schützt und die Arbeitsplätze erhält. Denn bisher hat keiner derjenigen, die uns scharf kritisieren, eine bessere Lösung präsentiert.

Teilweise wird argumentiert, es gäbe eine bessere Technik, die ohne Abwässer und Halden auskommt. Wie ist dies zu bewerten?

Die geförderten Rohsalze setzen sich aus unterschiedlichen Salzen zusammen, die je nach Lagerstätte verschieden sind. Es gibt also keine einheitliche Lösung für alle Kali-Lagerstätten, sondern es wird jeweils aufwändige, an die Lagerstätte angepasste Verfahrenstechnik benötigt.

Besonders im Fokus steht der Vorschlag für ein Eindampfungsverfahren, das die Firma K-UTEC entwickelt hat. Dieses Verfahren ist technisch umsetzbar. Es wurde jedoch für die Salze im Werk Werra bisher nicht großtechnisch erprobt. Nach bisherigem Kenntnisstand stünde es nicht vor dem Jahr 2021 zur Verfügung.

Die Kosten für den Versuch und den Bau einer neuen Kali-Fabrik schwanken zwischen 530 Mio. € (lt. K-UTEC) und 1,6 Mrd. € (lt. K+S). Hinzu kommen die jährlichen Betriebskosten, die zwischen 150 Mio. € (K-UTEC) und 320 Mio. € (K+S) liegen. Bisher gibt es beim Unternehmen K+S keine Bereitschaft, dieses Verfahren anzuwenden und zu finanzieren. Zum Vergleich: der Börsenwert des Unternehmens beträgt aktuell etwas weniger als 4 Mrd. Euro.

Das Verfahren eignet sich nach bisherigem Kenntnisstand nur für den Produktionsprozess und schafft keine Lösung für die Haldenabwässer. Es hat einen sehr hohen Energiebedarf und ist damit unter Klimaschutzaspekten fragwürdig. Insgesamt scheidet es daher nach unserer Beurteilung aus den realistischen Möglichkeiten, die Laugenabwasserproblematik in der zur Verfügung stehenden Zeit in den Griff zu bekommen, aus.

KONTAKT

SIGRID ERFURTH, MdL

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für den Schutz der Werra

Tel.: 0611 / 350 743

E-Mail: s.erfurth@ltg.hessen.de